

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf., 1/2jährlich 1.50 M.
jährlich 3.00 M. in's Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 M.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezahbar, kostet
monatlich 10 Pf., 1/2jährlich 50 Pf.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Wolfſtadt Halleſale.

Infertionsgebühren
beträgt für die 5gepaltene
Zeile für 6 Wochen
10 M., für Wohnungs-,
Verrentungs- und Veranlagungs-
anzeigen 10 M.
Im reaktionellen Teile
folgt die Zeile 5 M.

Insertate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
verzeichnisse unter Nr. 7888

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 24

Halle a. S., Dienstag den 30 Januar 1900.

11. Jahrg.

Flotte und Bundesrat.

Nach der „Begründung“, die der Flottenvorlage seitens der Regierung beigegeben worden ist, wird die Flotte in den Jahren 1901 bis 1918 nicht weniger als

4 417 180 000 M.

kosten. Der Höhepunkt der Ausgaben würde aber, wie die Freyh. Hg. richtig schreibt, erst 1920 eintreten. Bedeutend mehr als die vier Jahre 1917-1920 mit ein, so ergibt sich eine Flottenausgabe von

5 773 600 000 M.

Die gesamte von Frankreich an Deutschland gezahlte Kriegsschadung belief sich bekanntlich auf 4 Milliarden (4000 Millionen) M. Die Flotte soll dagegen in dem kurzen Zeitraum von 20 Jahren 5 7/8 Milliarden Mark verschlingen, um dann dauernd dem deutschen Volke als Feindschiff aufgebunden zu werden.

Man sollte meinen, daß bei einer so ungeheuren, um nicht zu sagen unerschütterlichen Mehrbelastung des Volkes der Bundesrat als eine der entscheidenden Instanzen mit heftigster Sorgfalt die Vorlage in jedem einzelnen Satz, jeder einzelnen Ziffer müßte geprüft haben, ehe er sie in den Reichstag gelangen ließ, zumal die ganze Flottenvorlage dem Volke so völlig ins Gesicht geplatzt ist. Aber keine Rede von Gründlichkeit. Empfangen — überlesen — angenommen — schrum!

Vier Jahre brauchte die erlauchte Reichsbehörde, um das feierlich gegebene Versprechen des Reichstagsantrags auf Aufhebung des Verbindungsverbots einzuhalten; vier Tage — fast könnte man sagen vier Stunden genügt dem Bundesrat für Durchberatung und Annahme der Flottenvorlage, die das Volk mit Tausenden von Millionen M. belastet.

Reichstag muß aber doch den wühenden Seiffenhaben am Bundesratspräsidenten eine Meinung aufzugeben sein, daß das deutsche Volk eine etwas ersichtlichere Begründung des mit schneidiger Hast angekommenen Flottenplanes hätte verlangen können: Auf dieses bündersätzliche Verpfänden läßt wenigstens folgender von einem Offizier in die Presse lancierter Ertrag schließen:

„Die Flottenvorlage, die nicht auf der Tagesordnung der gestrigen Bundesratssitzung stand, ist, wie wir hören, angenommen worden, indem die Vertreter mehrerer Staaten ausdrücklich den Vorbehalt machten, daß nachträglich über die Deckungsfrage eine besondere Beratung erfolge. Von Bayern, Württemberg und Baden wird Wert darauf gelegt, daß keine Verheimlichung darüber getroffen werden, daß bei Umstellung der künftigen Reichssteuer keine Erhöhung der Wertschulsteuer, die für die Erträge über den Betrag der Ueberschreitungen hinaus hat, finden darf. Diese Staaten haben auch zur Dedung der Kosten der Vorlage die Einführung einer Reichssteuer, und zwar eines Zuschlags zu den Verbrauchssteuern der größeren Vermögen, in Anregung gebracht.“

Die Herren haben also dem Militärdenkmal zugestimmt, ohne daß sie wußten und wissen, wie und woher das Geld beschafft werden soll. Das nennt man vorsichtige, gewissenhafte Arbeit! Im gewöhnlichen Leben würde der Staatsanwalt einen Geschäftsman, der so unverantwortlich leichtfertig handelt, daß er Ausgaben bis in die Puppen macht, ohne zu wissen, wie er sie decken will, bald genug beim Kragen haben.

Die schönen Worte von Nichterhöhung der Steuern und der beliebte Röhren vom Zuschlag zur Verbrauchssteuer laden seinen Hund mehr hinterm Ofen vor. Ist die Flottenvorlage erst angenommen, dann legt man die beliebten Röhren wieder in die Tüte und wüßt dem deutschen Volke die ganze ungeheure Summe von neuen Steuern auf die nämlichen kleinsten Lebensmittel. So einseitig ist im ganzen Deutschen Reich niemand mehr, daß er auf den offiziellen Beschäftigungseinkommen fröhle!

Also ohne daß der Bundesrat den allerwichtigsten Teil der Flottenvorlage, nämlich die Deckungsfrage geprüft hätte, sagt er Ja und Amen dazu. War denn diese Eile notwendig? Konnte der Bundesrat sich nicht wenigstens eine Woche lang mit der Vorlage beschäftigen, sei es auch nur, um nach außen den Schein zu machen, daß er über eine so ungeheuerliche Mehrbelastung des Volkes nicht mit derselben Flüchtigkeit hinweggeht, mit der man ein Paar alte Eisen verkauft? Sollen denn die Bundesräte heute mit der unbeschriebenen Blaupause der Flottenvorlage dem Kaiser ein Geburtsstagsgeschenk machen wollen? Diese freundliche Absicht wird allerdings dem Reichstag, als den Vertreter des deutschen Volkes nicht hindern, die Rechnung für das Geburtsstagsgeschenk sehr genau zu prüfen. Der Bundesrat hat leicht geschenkt, wenn das Volk das Geschenk bezahlen soll.

Aber nicht nur die Höhe des Milliardenprojekts sondern auch die Art der in der „Begründung“ verlangten Mittelverleugung macht es dem Reichstag einfach unmöglich, die Flottenvorlage anzunehmen. Der Reichstag soll sich nämlich selbst die Hände binden, so daß — das erst einmal gesagt — er die fällige Flottensteuer bis zum 31. Oktober nicht mehr dem Reichstag zurechnende Recht der Budgetbewilligung, wurde bei Annahme der Vorlage eine leere Form; denn es heißt in der „Begründung“:

Die verbundenen Regierungen sind der Ansicht, daß eine Vermeerung der Marine nur dann den beabsichtigten Zweck: Sicherung des Friedens auch gegen den fernschichtigsten Gegner erfüllen kann, wenn sie in dem Umfang durchgeführt wird, in welchem die in der Vorlage vorgesehenen Mittel zu einem einheitlichen Geschwader bilden keine Formation

und haben militärisch nur die Bedeutung einer verstärkten Materialreserve. Obenonig genügt die Beschränkung auf drei Geschwader, weil dadurch der Zweck der Vermeerung nicht erreicht wird.

Es ist daher notwendig, daß die gegebenden Instanzen, bevor in die Ausführungspläne des Plans eingetreten wird, sich darüber einigen, ob der Gesamtplan für richtig gehalten wird und ausgeführt werden soll. Ueber diese Frage muß eine Entscheidung herbeigeführt werden, und zwar eine solche von dauernder Gültigkeit. Dies ist nur durch ein Gesetz zu erreichen.

Nur wenn eine weitere Entwidlung der Marine geistlich sichergestellt wird, ist der Andrang von Seefahrern, Schiffsjungen und Freiwilligen, d. h. von solchen, die den Marineberuf als Lebensberuf wählen, ein ausdauerndes.

Nur bei geistlicher Festlegung des Ziels ist der innere Ausbau der Marine, sowie im besonderen die Erweiterung der Werft- und Hafenanlagen von vornherein dem späteren Bedürfnis richtig anzupassen.

Abgesehen von dieser Erwägung ist die geistliche Festlegung der Vermeerung auch noch aus folgenden Gründen erforderlich:

1. Nur die geistliche Festlegung der Vermeerung kennzeichnet den festen Willen, die Flotte zu schaffen. Ohne daß dieser feste Wille zum zweifelsfreien Ausdruck gelangt, erschwindet der Durchführung des großen Planes (sowohl auf verordnen, als auch auf materiellem Gebiet) erhebliche Schwierigkeiten.

Nur wenn für die Durchführung des Planes eine sichere Garantie gegeben ist, ist dauernd auf die Beteiligung einer größeren Anzahl leistungsfähiger Betriebe an Bau der Flotte zu rechnen, da nur dann kann der Reichstag Kapital in solchigen Anlagen zum Bau von Kriegsschiffen anlegen wird. Nur dadurch aber, daß die Marine nicht auf ganz wenige große Unternehmungen beschränkt ist, wird eine gesunde Konkurrenz ermöglicht.

2. Der durch geistliche Festlegung der Vermeerung gekennzeichnete einheitliche Beschluß von Bundesrat und Reichstag, die Kriegsmarine zu vergrößern, ist für das Ansehen des deutschen Namens im Ausland und damit für die gesamte politische und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs von größter Bedeutung.

Nur erst zum „Gesamtplan“ Ja sagen, nur erst eine „Entscheidung von dauernder Gültigkeit“ treffen, dann findet sich das andere schon von selbst, denn richtig. Dann findet sich das andere ganz von selbst; denn dann kann der Reichstag nichts mehr machen als weiter Ja und immer wieder Ja zu sagen. Dem deutschen Volke muß dann die verhängnisvolle „Entscheidung von dauernder Gültigkeit“ noch so weh thun, es mag sich den Hissen Brot vom Munde abbarren und vor Hunger krümmen müssen, um die Flottenmilliarden auszubringen ganz gleichgültig, die „Entscheidung von dauernder Gültigkeit“ in gefallen, und Niemand muß zahlen, zahlen!

Ein solches Verlangen an den Deutschen Reichstag stellen, heißt ihn zur willkürlichen Wagnis des Bundesrats erniedrigen wollen. Ihn zur Willkürstellung wird und darf sich der Reichstag nicht drängen lassen; denn das wäre der schlimmste Verstoß an seine erfahrungsmäßigen Aufgabe.

Das Verbot des gegenwärtigen Reichstags geht spätestens 1903 zu Ende. Er soll nun nicht nur sich selbst für die ihn noch beschließenden vier Etatsbewilligungen die Hände binden, sondern auch seinem Nachfolger von 1903 bis 1908, seinem zweiten Nachfolger von 1908-1913 und seinem dritten Nachfolger 1913-1918. Keiner dieser Reichstags würde mehr die Möglichkeit haben, den verhängnisvollen Schritt zurück zu machen. Und ist erst die Flotte in den erstrebten Umfang geschaffen, dann lassen die dauernden Ausgaben für immer auf dem deutschen Volke.

Gerade zur rechten Zeit erinnert der Vorwärt in Zeit artikel seiner gestrigen Sonntagsummer an ein Vorkommnis aus der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, wo der Reichstag gleichfalls wie jetzt eine Flotte auf Pump bauen sollte. Bismarck hatte im Herbst 1867 die Vorlage eingebracht, die der Reichstag jedoch ablehnte, weil ihm eine Gegenforderung nicht bewilligt werden sollte. Da brach in dem nächsten Jahre Bismarck den Entwurf nochmals ein unter der Drohung:

Flotte oder Konflikt! Allein es gelang der glänzenden Vordrängerei des Herrn Miquel, den Reichstag zu überzeugen, daß er sein konstitutionelles Recht nicht verraten dürfe. Ergrüht zog Bismarck nun die Vorlage zurück und — doch hören wir den weiteren Verlauf. Wie ist die glänzende Feder des Herrn Miquel in dem offiziellen Bericht der damaligen nationalliberalen Partei schillernd:

Die besten Leute drüben nahm er nicht an genommen werden. Nicht allein der Schiffbau wurde stiller, sondern auch Geldmangel ordnete die Marineverwaltung unter Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers Reparatur in ordentlichen Marine-Etat an; bringende Arbeiten wurden eingestellt, Schiffe abgeteilt, selbst die mühsam zusammengekauften Schiffe veräußert angesetzt, die Arbeiter entlassen, die Ergebnisse vieler Jahre gefährdet, und die gesamte Flotte in Gefahr der Störung und des Verfalls gebracht. Der Bundeskanzler hatte aus dieser Absicht kein Heil gemacht, und die Besetzung der wichtigen Ausübung des Unglaublichen liegen seinen Zweifel zu. Nach erkannter Gefahr beschloß unsere Partei einmütig, das drohende Verderben von der Flotte abzuwenden.“

Und nachdem Herr Miquel seinen und seiner Freunde Unfall näher geschildert hat, fährt er fort:

„Andererseits wurde laut unter verbandten Parteien, die an dem früheren Beschluß festhielten. Die formgemäße Berechtigung des Vorwurfs sei

dohingestellt, uns zwang die sichtbare Gefahr der Flotte.“

Man muß dem Miquel von 1868 dankbar sein für die klassische Meisterschaft, womit er die Karte des Miquel von 1900 aufgedeckt hat, obgleich der heutige Miquel mit ironisch-staatsmännischer Ueberlegenheit auf den damaligen Miquel herabsehen wird. Werden die Freitragung und das Zentrum heute noch im Reichstag geführt werden. Mag sich dann herausstellen, daß die Opposition des Zentrums und dem Freitragens ebenjener eine vorübergehende Erscheinung ist wie die Opposition der Sozialdemokratie.

Nachdem der Bundesrat so leichtsinnig, wie man es den meist schon fieschenden Herren gar nicht hätte zutrauen sollen, über den Milliardenplan hinweggeschlüpft ist, wird der Kampf nur noch im Reichstag geführt werden. Mag sich dann herausstellen, daß die Opposition des Zentrums und dem Freitragens ebenjener eine vorübergehende Erscheinung ist wie die Opposition der Sozialdemokratie.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

Eine neue Niederlage.

Es war nicht bloß ein Mißerfolg, sondern eine Niederlage und zwar eine fürchterliche Niederlage, die Warren oder vielleicht die gesamte Streitmacht Bullers am Spionkop erlitten hat. Buller ist in vollem Rückzuge. Er telegraphiert vom 27. d. M.:

Nachdem die Truppen Warrens den Spionkop aufgegeben, hielt ich einen zweiten Angriff für unannehmlich, denn der rechte Flügel des Gegners ist stark, als daß ich ihn durchschneiden erzwingen könnte. Deshalb beschloß ich, die Truppen nach dem Gebiet südlich des Tagela zurückzuführen; und heute (27. Januar) früh 5 Uhr hat Warren seine Truppen südlich des Spionkop konzentriert, ohne einen Mann verloren zu haben.

Bisher ist also Warren über den Tagela zurückgegangen, ob der Lebergang der übrigen Streitmacht sich auch so glatt vollziehen wird, ist eine andere Frage.

Die Verluste der Engländer an Toten, Verwundeten und Gefangenen sollen 8000 Mann betragen. Warren hat seine ganze Artillerie verloren; siebenzig Geschütze sind den Büren in die Hände gefallen. Das Kriegsmat gibt die Verluste Warrens auf 700 Mann an. Die Brigade Sykeson, die an anderer Stelle gesammelt haben muß, hat 215 Mann verloren. Die Verluste der Büren betragen 212 Tote, 1000 Verwundete und 200 Gefangene.

Der Krieg ist für England endgiltig verloren! Das Kaiserreich hat sich an zwei kleinen Bauernrepubliken den Kopf eingekant. In London, wo eine fürchterliche Stimmung herrscht, fordert man allerdings sofortige Abwendung weiterer Truppenmassen. Die Regierung will sich eine weitere Kriegsumme zur Fortführung des Krieges bewilligen lassen, aber das alles wird nichts nützen.

Uebrigens, wer weiß, was für Nachrichten das Kaiserreich aus Furcht vor der Volksstimmung zurückhält. Es wird berichtet, daß sich bald die schlimmsten Verhängnisse befähigen werden. Unter den Nachrichten, die dem Kaiserreich nicht zu verheimlichen mag, sollen hier auch folgende befinden, die die verweirte Lage des Generals French melden. Die aller nächste Zeit muß volle Aufklärung geben.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 29. Januar 1900.

Ueber Wilhelm II. hat der Reichstagspräsident Graf Ballerstein in einer Rede aus Anlaß der Kaisergeburtstagsfeier im Reichstag wie folgt ausgesprochen:

„Meine Herren, Kaiser und Reichstag, die beiden Vertreter der Einheit in dem wunderbaren Staatsgebilde (Deutschland) die gehören zusammen, und deshalb hat auch der Reichstag die gute Gewohnheit, daß aus allen Ecken des Vaterlandes Vertreter hier am Geburtstage des Kaisers zusammenzutreten, um weiter in Liebe und Ehrfurcht zu arbeiten. Es ist gut, daß diese beiden zusammenhalten, und so lange sie zusammenhalten, wird es auch um Deutschland stehen. Damit dies aber möglich ist, müssen sich diese beiden Ebenen verstehen, sonst können keine Maßnahmen in die Höhe kommen, welche ein Zusammenhalten sehr erschweren. Deshalb muß jeder von diesen beiden Parteien möglichst genau wissen, was der andere erträgt. Meine Herren, beim Reichstag ist das ja nicht anders; wir verhandeln öffentlich, und jedermann kann wissen, was der Reichstag erträgt. Schmeerer könnte es bei dem andern Kaiser, bei dem Kaiser, sein.“

Zu weiteren Verläufe der Rede erläutert Herr v. Ballerstein, wie viele Schwierigkeiten gegenseitigen Verständnisses durch die Reden des Kaisers gegeben würden.

Er benutzt irgend eine Gelegenheit, um sich darüber und über die Stellung, die er zu dieser Frage einnimmt, öffentlich auszuprobieren, er richtet eine gewisse Standard, auf die man von weitem sieht. Meine Herren, nach meiner Ansicht richtet er sie nicht zu dem Zweck auf, daß man sich nicht und immer dabei vorbehalte, sondern er richtet sie auf, damit sie beachtet, erwohnen und befolgt wird von allen Seiten, die es angeht, vor allem von den Vertretern des deutschen Volkes. Der Kaiser hat seine Zeit befristet, er hat geklagt. Ich lebe in der Zeit der Öffentlichkeit und Verantwortlichkeit, und ich will auch kein sogenannter konstitutioneller Monarch

sein, der da herrscht und nicht regiert. Ich glaube das würde unsern herrlichen Kaiser nicht zuzagen, wenn man ihm die Hölle austretet. Deshalb ist er überall herbeigekommen und hat die von ihm herrschende Stellung, die ihn sowohl von der Verwaltung des Deutschen Reiches als auch nach mehr als König von Preußen und noch mehr vielleicht durch seine große Individualität zulohnt, immer wahrgenommen. Die Rede fiug in einem dreifachen Hoch auf Wilhelm II. aus.

Debatte wurden mit Orben aus Anlaß des Geburts-tages Wilhelm II. die Minister Pobjanowsky, Schön-herdt, Hammerstein, Studt, Trippl und Rheinböben. Herr Johannes v. Miquel, der Kommunist und Mitglied der Agrarier hat seinen Orben gehalten. Dagegen ist dem Parlament und Reichstagsabg. H. Hell der Lohn für seine staats-erhaltenen Dienste geworden. Er wurde zum Kammerherrn ernannt.

Ueber die Arbeitsdispositionen des Reichstages ver-lautet: Die erste Sitzung der Flottenkommission wird vermutlich nicht vor Mitte Februar sein. Die Hinausschiebung der Verhandlung wird mit dem Wunsch begründet, den Fraktionen Zeit zu lassen, sich über die Vorlage zu verständigen. Vom 2. bis 6. Februar werden keine Plenarsitzungen sein. Nach dieser Unterbrechung wird die zweite Beratung der lex Geizze zu Ende geführt, woran sich die erste Beratung der Flotten-vorlage anschließt.

Als Erklärung bezeichnet die Frei. Ztg. die Mitteilung, daß einzelne Mitglieder der Freisinnigen Volkspartei für die Flottenvorlage zu stimmen beabsichtigen und in diesem Sinne jetzt schon in der Fraktion wirken. Gegenüber einer Meldung der Frankf. Ztg., daß man auf der linken Seite der Vorlage nicht mit einem kurzen Ja oder Nein abstimmen dürfe, erklärte die Frei. Ztg. vorläufig, daß die Freisinnigen Volkspartei grund-sätzlich jeder gesetzlichen Festlegung eines Sollbestandes der Flotte oder des Umfangs der Indienststellungen widerstrebt. Darüber sich schlüssig zu machen, ob und inwiefern in der Folgezeit eine Veränderung der Flotte durch etwa möglich ge-willigte herbeiführen sein würde, liege jetzt schon deshalb keine Veranlassung vor, weil der Etat für 1900 sich auf die durch das Flottengesetz von 1898 festgelegte Höchstvermehrung beschränkt.

Der letzte Satz zeigt den Weg, auf dem die Freisinnigen für die Flottenpläne zu gewinnen sind. Sie sind wohl grund-sätzlich gegen die gesetzliche Festlegung, aber nicht grund-sätzlich gegen die Veränderung der Flotte.

Müßiges Vered. Die Kölnische Zeitung bezeichnet die Meldungen von neuen Schulreformplänen Wilhelm II. als ein „müßiges Vered.“ An unterrichteten Stellen sei hieron nichts bekannt. Zudem würde eine etwaige Um-formung des höheren Schulwesens nach kaum 10 Jahren ein bemerkliches den Ansehen des Staates nicht förderliches Experiment bedeuten.

Zum Fall Kron erzählt die Kreuzzeitg., daß der Gedanke aufgetaucht sei, die zur grundsätzlichen Entscheidung gestellte Frage, ob ein Sozialdemokrat Universitätslehrer werden könne, im Wege des Kompromisses dahin zu entscheiden, daß die Frage zwar vornehmlich der Angehörigkeit aber doch nicht entseht, sondern bloß mit einem Verweis belegt werden soll.

Soll auch in Bezug auf die Befähigung der Sozialdemo-krate Bick aufgetaucht werden? Oder befristet man im Falle der Verneinung eine Ausnahme der Flottenbegeiste- rung bei den Schmolter Wagner u. s. w.? Wenn Kron nicht abgelehnt wird, dann wird sich schon ein Weg finden lassen, um ihm seinen Beruf zu verwehren.

Lebensdienste für die Agrarier. Russische, polnische und galizische Arbeiter sollen nimmere vom 1. Januar bis zum 15. Dezember, also vierzehn Tage abgerechnet, das ganze Jahr zugewiesen werden. Nach einem Pölnener Blatt hat der Major Gendell dies der Bundesversammlung in Noworawl mit dem Bemerkten mitgeteilt, daß der Oberpräsident ihm die Nachricht übermittelt habe, die „Leuten“ wird durch die Zufuhr aus-ländischer Lohnarbeiter „behalten“.

Ausland.

Frankreich. Das Vorgehen gegen die Assumptionisten scheint sich zum offenen Konflikt zwischen Staat und Kirche auszuklumpfen. Der Kardinal Richard, Erzbischof von Paris, hat dem Orden unmittelbar nach der Verurteilung orientatio-nen Befehl abgefastet. Walded-Mouffaux hat ihn nimmere um Erklärungen darüber erucht. Richard soll geantwortet haben, daß er keinerlei politische Ausdeutung beabsichtigt habe. Ob die Regierung sich damit zufrieden gibt?

Politisches und Gerichtliches.

Wegen Reichsfinanz-Beheligung. Beheligung des Staatssekretärs Pobjanowsky und der Beamten des Reichsamt-amtes der Innern hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Soleil“-Gollt. Volkstg., „Sonne“ am 2. u. 3. vor der Strafkammer in Stra-ße verantwortet. Die Beheligungen sollten enthalten sein in zwei Artikeln der Volkstg. vom Juni 1899: „Wie die Regie-rung das Justizhausgeiz begründet“, und vom Oktober 1899: „Der Kampf gegen die Justizhausvorlage“. Die mehr denn vierhundertfältige Beheligung schaltete sich zu einer eingehenden Kritik des verantwortlichen Redakteurs und der famosen Denkschrift leitens des Angeklagten und des Verteidigers, um die Wahrheit der Behauptungen der beiden Artikel zu erbringen und die Schärfe der Reueigungen als berechtigt zu erweisen. Sie stellten den essentially unrichtigen, die Professoren Schimes und Schmolter oder Wagner über die Mächtigkeit der statistischen Angaben der Denkschrift zu vernehmen. Das Ge-richt setzte die Urteilsverfällung bis morgen (Dienstag) aus.

Parteinachrichten.

— Vor einem Schwindler warnt die Parteigenossen die Chemnitzer Volkstimme. Dieser gibt sich als Redakteur dieses Parteiorgans aus und sammelt für die Buren, macht aber auch gleichzeitig für die Engländer Pläne.

Bei der Wahl der Abgeordneten für den Landtag von Reuß a. M. durch die Wahlmänner, im Kreise Jena-Land, sa-ßte unter Genosse Franz Heustel mit 28 Stimmen. Als Stellvertreter wurde der Weingartenhändler Gen. Steininger mit derselben Stimmzahl gewählt.

Gewerkschaftliches.

In Neubabensleben freiten 300 Sanddämmmacher. Der Streik der Arbeiter bei Wabbe u. Wöhle in Ober-walde dauerte. Die Arbeiter haben sich in einer eingehenden Schrift dem verantwortlichen Redakteur und der famosen Denkschrift in Mülhausen im Anschluß an die dortige fälschliche Ver-waltung nach der Wabbe-Volkstg. die Bitte der Arbeiter be-willigt, die mittellose Streikenden samt ihren Frauen und Kindern auf Rechnung der Stadt zu stellen, ohne daß ihnen dabei als Armenunterstützung angerechnet wird; außerdem wird ihnen Brot geliefert.

Ausland.

Frankreich. Die bei der Weltausstellung in Paris beschäftigten Zimmerer streiken. Das Syndikat der Pariser Zimmerer lehnt aber jede Solidarität mit ihnen ab. Es handelt sich um aus der Provinz zum Zwecke der Volndrucker herangezogene unorganisierte Elemente.

Im Augsburger Krawallprozeß

hielt am Sonnabend nachmittag der Staatsanwalt die Anklage-rede. Trozdem die Verhandlung wenig Material zur Bekräfti-gung der Anklage beigebracht hat, hielt der Staatsanwalt die Anklage in vollem Umfang aufrecht, der einen Teil der Ange-klagten unter Verbilligung mildernde Umstände. Die Zeugen-ausagen entrollten wieder ein großes Bild von Schumanns-brutalität. Heute folgen die Reden der Verteidiger.

Unzufrieden war das Benehmen des Vorsitzenden. Die Aus-sagen eines Anklagezeugens bezeugte er als Wert-los. Der Staatsanwalt hat sich für die Angeklagten über den Streik: Wenn man vom Rechtsstandpunkt sich entfernt und auf den Standpunkt der Moral sich bezieht, dann ist doch die Frage aufzuwerfen, ob der Streik von Standpunkt der Moral aus berechtigt ist oder ob nicht von alters her der Satz gilt: Wähle ich ein altes Recht an? — Man hat alle Ursache, sich auf ein hartes Urteil gefaßt zu machen.

Ein bürgerlicher Journalist, Herr Lorenz Seidel, Be-richterstatter der Augsburger Neuesten Nachrichten hat unter Genossen War Oruber, der als Berichterstatter der Münch. Post die Verhandlungen kommentiert, in nieder-trächtiger Weise denunziert. Oruber lag auf der Journalisten-bank und herangebrachte eifrig eine Hebung des Vorsitzenden nach. Wie die bet. Worte lauteten, ist nicht unbekannt, nur so viel sieht man, daß Oruber, nicht auf seine Umgebung achtend, die Auslösung des Vorsitzenden in einer nur vor sich hin ge-machten Bemerkung nicht schont, noch weniger, wenn er die Bemerkung Orubers gehört, so war wenigstens anzu-nehmen. Dem war aber nicht so. Dem bühnen Obe des Lorenz Seidel waren die paar in Illustrierte gesprochenen Worte nicht entgangen. Dieses Individuum denunzierte der Journalist Oruber dem Gericht und dieses verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Mark Strafe.

Der Staatsanwalt hätte sich da-mit begnügt, dem Oruber nach Schluß des Prozesses in Haft zu nehmen, damit die von ihm bedienten Blätter nicht ohne Berichte bleiben über den Fortgang des Prozesses. Das Gericht

hätte es jedoch anders und ordnete die sofortige Ab-führung Orubers an.

Am nächsten Tage nahm der Vorsitzende Veranlassung zur Erklärung, daß er anständiger Weise mitteilen will, daß der tags zuvor bestrafte Journalist der sozialdemokrati-schen Partei angehöre. Der Herr Vorsitzende mag sich beruhigen. In diesem Falle werden genig alle anständigen Vertreter der „anständigen Presse“ auf Seite der Sozial-demokratie stehen und auf seine merkwürdige Errettung mit Vergnügen verzichten.

Lokales und Provinziales.

*** Achtung, Genossen auf dem Laude!** Morgen Dienstag ist der letzte Tag zur Einkehrnahme in die Wählerliste. Wer es bisher veräumt hat, sich zu vergewissern, der hole es scheinigst nach. Derjenige, welcher nicht in der Liste steht, wird zum Wählen unbedingt nicht zugelassen. Zur wenn alle wahlberechtigten Genossen in die Wählerliste eingetragen sind, ist es möglich, eine erhebliche Stimmenzahl auf unsere Kandidaten zu ver-einigen bezw. den Sieg zu erringen. Also auf, Genossen, veräumt nicht, Euch noch in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

*** Die wackere Polizei.** Unser Herr von Sonnabend über die bevorstehende Staatsaktion der halbeschen Polizei gegen den Konfessionsverein hat unter den Genossen ungetriebte Begeisterung unter den Mitgliedern des Konfessions-vereins große Unruhe hervorgerufen. Herr Weydemann konnte sich von der beschränkten Ordnungsbefehle erheben, die ihm nach Ergehen unsern Blattes auf den Leib rüchten, um die Aufhebung ihres Vergehens zu verhindern. Es wurde dem Herrn Ober-Polizei-Inspektor nicht leicht, den Herren die Ueberzeugung beizubringen, daß die halbesche Polizeiverwaltung sich die Gesetzesübertretungen des Konfessionsvereins selbstver-ständlich ruhig gefallen lasse und gar nicht daran denke, ihnen irgend welche Schwierigkeiten in den Weg zu legen; das wurde Herrn Weydemann nicht leicht, sagen wir, denn seit der un-mittigen Wählerrechtsveränderung halten die Ordnungsbefehle den Herrn Weydemann sogar zur unparteiischen Durchführung der Geetze für fähig. Das Vergnügen hat fortgedauert und ist, nachdem die anfängliche Unruhe befristet worden war, in ge-hobener patriotischer Stimmung verlaufen.

Aber ein nachmaliges Auge hat die Polizei am Sonnabend doch gehabt, eine Veranlassungsaufklärung ist vorge-nommen worden, allerdings eine Veranlassung von Arbeitern und zwar diejenige des Metallarbeiterverbandes, die im Konzer-hause stattfand. Der Referent, Genosse Ewenty, hatte kaum seinen Vortrag begonnen, als der überwachende Wachtmeister ihn unterbrach, indem er erklärte, die Veranlassung auslösen zu müssen, bei der Anmeldeung des Besuchsbesuches an-gewiesen worden sei. Der Metallarbeiterverband selbst sei regelmäßig stattfindenden Mitgliederveranstaltungen nicht von Fall zu Fall an, sondern hat zur Erleichterung der Polizei-behörde dieselben vor länger als zwei Jahren für unbeschränkte Zeit zur Anmeldung gebracht. Infolge der Zunahme der Mit-glieder mußte im Vorjahre ein Wechsel des Veranlassungs-lokals vorgenommen werden; von Faulmann zogen die Metall-arbeiter nach dem Konzerthause. Dieser Wechsel ist der Polizei-behörde rechtzeitig angezeigt worden, und fast ein ganzes Jahr haben im Konzerthause auch die Metallarbeiter-Veranstaltungen unter polizeilicher Bewachung ungehindert stattgefunden.

Da möglichst am Geruchstage Wilhelm II. die Polizei-behörde entsetzt haben, daß die Anmeldung nicht korrekt sei, denn in den Akten sei von einer Mitteilung über den Lokal-wechsel nichts enthalten. Die im Konzerthause Versammelten waren anfangs der Ansicht, der überwachende Beamte habe sich im Lokal geirrt, er sei anstatt nach den Kaiserpalais nach dem Konzerthause gegangen. Dieser selbst war seiner Sache nicht ganz sicher, er begab sich nochmals nach dem Po-lizeiverwaltungsgebäude, kam aber bald mit dem Bescheide zurück, daß es bei der Auflösung sein Bewenden haben müsse. Es war also kein Irrtum unterlaufen. So mußten die Met-allarbeiter sich nach Hause begeben. Sie nahmen die Sache

Der Schuldige?

Roman von Viktor Malot.

(Nachdruck verboten.)

Die Lage ist zwar für uns beide nicht ohne Gefahr, er-wüßte sie aber die verurteilt mit einem Wuch, den ich längst im stillen gehegt habe, ohne es zu wagen, Dich um die Gemähr derselben zu bitten: Dich hier zu behalten.

Welche Follheit!
Was soll ich denn tun, als wie es nicht zu thun genötigt waren, ist jetzt unsere Rettung.

Aber bedenke doch nur: in Deinem Zimmer, zwei Schritte von dem Deines Mannes, der aufwachen kann! Es ist wirk-lich eine Follheit. Das thue ich nicht.

„Mache Dir doch die Schläge klar,“ sagte sie mit sanfter-zärtlicher Ueberduldung, „mein Mann wird nicht vor acht Uhr meine Schläge aufwachen. Um halb sechs Uhr kommt Gelante herunter und klopf an die Wand des Vorderzimmers, damit ich das Kümmel abstelle; da ich dies bereits gethan habe, so brauche ich es nicht mehr zu thun. Dann öffnet sie die Thüren, führt das Bureau aus, heist die Defen und führt den Schnee von den Thüren weg. Diesen Augenblick nimmt Du wahr, um Dich ruhig auf Deinen Platz im Bureau zu begeben, und niemand wird annehmen, daß Du auf einem anderen Wege als durch die Thürenthür hereingekommen bist. Das ist ganz einfach und gefahrlos.“

Er nicht vergebens weitere Einwendungen zu erheben und sagte sich:
„Du siehst, wie ich Deine Einwendungen folge,“ sagte sie; „zuerst wüßte ich ebenjovigst was ist Du, als wir aber hier-her in den Salon zurückgekehrt waren und Du mich anstarrst und befragst, da kam mir die Idee durch Deinen Blick; ich fühlte, wie sie von Dir auf mich überging.“

„Ich hatte aber doch keinen Ausweg gefunden.“
„Das ändert nichts daran, daß ich Deinem Willen gehorcht habe. Für mich allein bin ich keines Gedankens fähig, sobald Du aber da bist, denke und handle ich nur durch Dich.“

Wäre er bei kaltem Blute gewesen, so hätte er erwidern können, daß unermehlt er nur durch sie dachte und handelte. Wenn er was unternahm bei kaltem Blute, wenn sie mit ihm ein schmeichelnder Stimm, mit so leidenschaftlichen Widen sprach, und heute weniger als je.

Wie Vortene vorausgesetzt hatte, dachte Gelante Punkt halb sechs Uhr an das Gefaß des Hausflurs, und folgte darauf hin in den Räumen des Erdgeschosses ein Paar mit Thüren und Fenstern an, und alle Geräusche der jetzigen Hausarbeiten drangen zu ihnen hinauf. Dies dauerte länger als zwei Stun-den. Endlich um halb acht Uhr, nachdem Gelante den Hof ge-fahrt hatte, bognte sie ein Stück Wegs durch den Garten, um das Schloß zu gehen.

Madame Courtois führte die Vaupalliere ohne zu sprechen in das Vestibül und öffnete geräuschlos die Thür: alles geschah genau so, wie sie vorhergehende und angeordnet hatte.

Nur darin hatte sie sich geirrt, daß sie glaubte, man würde ganz natürlich finden, ihn schon vor jedermann auf seinem Plage anwesend zu sehen. Als nämlich Boulnois ankam, und ihn schon bei der Arbeit sah, sagte er ein sehr lässiges Ersuchen.

„Er erwarte sie nicht da.“
„Und dennoch bin ich da.“
„Woher sind Sie gekommen?“

„Vermuthlich auf einem Rauber-Velozeid, wenn es nicht auf Stelzen war.“

„Dann wunderst mich nur das eine, daß das Velozeid keine Furchen und die Stelzen keine Löcher im Schnee zurück-gelassen haben.“

„Also bin ich mit einem Ballon gekommen.“
Boulnois konnte nicht weiter in ihn breiten, aber zu seiner großen Freude fing, als Faulcon an, die Fragen von neuem an.

„Wie war ich erkrankt, heute morgen Ihr Bett leer und un-belegt zu sehen, sagte der zweite Schreiber.“
„Wenn ich hinsichtlich der in Ihnen schlafen sollte, so werde ich um Ihre Erlaubnis bitten, Herr Hauptmann.“

„Machen Sie sich nicht lustig über mich, sagen Sie mir lieber, ist es eine Blöde oder Brünnete?“
„Sie hat rotes Haar.“
„Eine Blöde? Das Sie für Glück haben! Sie werden mir das erzählen, nicht wahr?“

„Nelleidlich ist es eine anständige Dame, von der man nicht sprechen darf,“ sagte Boulnois mit harmloser Miene.
„Es ist die jüngste und die Lieblichste der Leuzels, Herr Boulnois.“
„Ich vermutete es fast.“
„Warum?“
„Weil sie Ihnen Mittel verordnet, um auf dem Schnee zu laufen, ohne hinein zu sinken.“

Die Folge dieses Abenteuer war, daß sie sich größere Verant-wortung überlegen mußten; oft waren ihnen die Füße von Boul-nois zu füttern, der sich eines Nachts im Gehäusen in den Sinterkäst legen und dort von abends bis morgens Wache

halten würde. Welche Vorichtsmaßregeln sie aber auch nahmen, alles schützte sie nicht vorzubereiten und blieben darum immer wieder in dem Gefaß von Gefahren ausgesetzt.

Die Vage verwickelte sich gegen Anfang des Frühlings noch mehr durch den Eintritt eines neuen Schreibers; der dreizehn-jährige Junge, Ven genannt, war der Sohn eines Wald-machers von Nowan; jeden Morgen kam er von Schartz her, und jeden Abend kehrte er wieder dorthin zurück. Da er keine Verwandten in Difel hatte, um es für ihn zu teuer war, in einer Wirtschaft zu essen, so brachte er in einem Körbchen ein Essen mit und oft im Bureau. Seine Gegenwart behinderte sie nur manches Mal, sich nach dem Wegang Boulnois zu sehen, da Vaupalliere niemals allein im Bureau blieb, und es, wenn nicht ummüde, so doch wenigstens unflug gewesen wäre, den Jungen wegzuschicken.

Diese neue Schwierigkeit übte nicht die gleiche Wirkung auf die zwei Liebenden aus: Vaupalliere, obwohl darüber klagend, sagte sich in das Unvermeidliche, während Madame Courtois, welche sich zur Eut, bis zum Abschlusse darüber erbitte. Würde diese Dual denn niemals ein Ende nehmen? Wie acht bis zehn Tage lagen sie einander in den Armen, und das war alles; nach diesen zwei Stunden, die sie manchmal um eine halbe Stunde verlängerten, gab es nur die Hölle, und man mußte wieder auf das nächste Rendezvous warten, ohne selbst die Vermuthung zu haben, daß das für sie geplant war, nicht durch Zufall oder Unglück oder Dummheit der Leute verhin-dert werde.

(Fortsetzung folgt.)

Seiters.

— Amtsst. Verteidiger: „Die vom Herrn Staatsanwalt mechtlich angezogenen Demeritirungs kann man unmöglich meinem Klienten in die Schuhe schieben, da er wie aus dem Sachverhalt hervorgeht, berechtigt war, diese Demeritirung als herrenlos anzusehen.“ (Aufst. W.)

— Technischer Ausdruck: Ingenieur (in einen Hand-schuhladen tretend): „Ich möchte ein Paar Sandhübe für eine Dame.“
Ingenieur: „Normalburg.“

— Parisian. Modifkatrat (zu seinem Sohn): „Wenich, dich mir! Woju willst Du machen Deiner Vaterdacht unumtöge Deutmal-Ausgaben?“ (Hilg. W.)



